

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1475

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1475



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Medienmitteilung

Bern, 12. Juli 2018



Weg vom Profitdenken – für einen starken Service public zum Wohle aller

Der Service public hat für die Schweiz eine enorme gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung. Post, Bahn und Telekommunikation bieten der Bevölkerung einen Service von hoher Qualität. Jedoch gefährden jüngere Entwicklungen wie der Abbau von Angeboten und Arbeitsstellen sowie missbräuchliches Verhalten in den Führungsetagen das Vertrauen der Bevölkerung in den Service public. Für die SP ist klar, dass ein weiterer Qualitäts- und Angebotsabbau nur verhindert werden kann, wenn die öffentliche Hand mehr Kontrolle über die staatlichen und staatsnahen Unternehmen des Service public ausübt. Die SP informiert heute an einer Medienkonferenz über ihre Forderungen.

Der Unmut in der Bevölkerung über den laufenden Abbau des Service public und über die teilweise herrschenden Zustände in den Führungsetagen der entsprechenden Unternehmen nimmt zu. Poststellen und Bahnschalter werden geschlossen, die Postfinance baut massiv Stellen ab, Postauto missbraucht Subventionen, und die Topmanagerinnen und Topmanager verdienen sich eine goldene Nase. Diese Beispiele zeigen, dass der Trend zur privatwirtschaftlichen Unternehmensführung in die falsche Richtung läuft. «In den letzten Jahren fand eine schleichende Privatisierung statt, die von der Bevölkerung nicht mitgetragen wird», sagt SP-Ständerätin Géraldine Savary.

Ein starker Service public braucht Menschen, die unter fairen Arbeitsbedingungen für Bund, Post, Bahn oder Telekommunikation arbeiten. Sie verdienen Arbeitsplatzsicherheit und anständige Löhne. «Der Druck auf die Arbeitsbedingungen muss zwingend einer Wertschätzung weichen, welche den grossen Einsatz der Mitarbeitenden honoriert», fordert Philipp Hadorn, SP-Nationalrat.

Ein starker Service public braucht demokratische Mitsprache. Service public-Unternehmen müssen unter der Aufsicht eines demokratisch legitimierten Gremiums stehen. Der Bund als Eigner oder Mehrheitsaktionär muss seine Verantwortung wahrnehmen. Er darf die Grundversorgung nicht nach privatwirtschaftlichen Kriterien steuern oder gar in privatwirtschaftliche Hände geben. «Hohe Gewinne als Zielvorgaben führen zur Orientierung des Managements am Markt mit kurzfristiger Gewinnsteigerung und Abzockermentalität. Dann missachten das Management, aber auch der Bundesrat, die Erwartungen ihrer wirklichen Eigner – der Bevölkerung», sagt Thomas Hardegger, SP-Nationalrat.

Ein starker Service public ist nicht nur in städtischen, sondern gerade in ländlichen Regionen zentral für die Menschen und das Gewerbe. Eine langfristig gesicherte Infrastruktur ist entscheidend für die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Bei der Grundversorgung Gewinne zu erwarten, ist widersprüchlich und daher der falsche Weg, um diese langfristig zu sichern. «Wir

Medienkonferenz «Für einen starken Service public zum Wohle aller»

müssen jetzt handeln, um das Vertrauen der Bevölkerung und der Unternehmen wieder zu gewinnen und einen Service public zum Wohle aller zu garantieren», fordert SP-Nationalrat Jacques-André Maire.

Weitere Auskünfte:

- **Géraldine Savary**, Ständerätin VD, Vizepräsidentin der SP Schweiz, 079 414 86 65
- **Philipp Hadorn**, Nationalrat SO, 079 600 96 70
- **Thomas Hardegger**, Nationalrat ZH, 079 461 04 44
- **Jacques-André Maire**, Nationalrat NE, 078 709 48 50
- **Rebekka Wyler**, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz, 079 222 31 40
- **Delia Berner**, stv. Mediensprecherin, 031 329 69 82



«Für einen starken Service public zum Wohle aller»: Positionen der SP Schweiz, präsentiert an der Medienkonferenz vom 12. Juli 2018

1. Grundsätzliche Bemerkungen zum sozialdemokratischen Verständnis des Service public

Der Service public in der Schweiz hat eine enorme gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung. Er verbindet alle Regionen und stärkt den Zusammenhalt. Der Service bei Post, Bahn und Telekommunikation ist im weltweiten Vergleich führend, was Sicherheit, Qualität, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Erschliessung und Preise angeht. Qualität und Verfügbarkeit beruhen insbesondere darauf, dass die Service-public-Anbieter ganz oder mehrheitlich in öffentlicher Hand sind.

Fehlleistungen und Vergehen wie im Fall Postauto sowie der Abbau von Angeboten und Infrastrukturen bei Post- oder Bahnschaltern machen deutlich, wie wichtig demokratisch gesteuerte Vorgaben, Transparenz und eine entsprechende Kontrolle und Aufsicht sind. Nur so kann das schwindende Vertrauen wieder hergestellt werden. Und nur so kann sichergestellt werden, dass der Service public dem Gemeinwohl dient.

Die Bevölkerung erwartet zu Recht eine gute Versorgung in allen Regionen des Landes, auch dort, wo es sich rein betriebswirtschaftlich nicht lohnt. Die SP steht angesichts der aktuellen Entwicklungen mehr denn je für einen starken Service public für alle Menschen in allen Regionen. Zum Service public gehören neben Verkehr (öV), Post und Telekommunikation auch weitere wichtige Bereiche wie beispielsweise Bildung, Medien oder Gesundheitsversorgung. Unter Service public verstehen wir eine politisch definierte Grundversorgung der Bevölkerung mit elementaren Gütern, bei welcher dem Staat eine Mitverantwortung zukommt. Unter Service public verstehen wir den flächendeckenden, kontinuierlichen und einfachen Zugang zu einem qualitativ hochstehenden Angebot. Die Preise müssen für alle Menschen in allen Regionen erschwinglich und innerhalb eines Sektors überall gleich sein («System Briefmarke»).

Zum Service public gehören auch moderne und faire Arbeitsbedingungen. Lohn- und Sozialdumping sind auszuschliessen, insbesondere in ausgelagerten Unternehmenseinheiten. Service public bedeutet auch schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen. Die Unternehmen des Service public haben in diesen Bereichen eine Vorbildfunktion einzunehmen.

Service public ist nicht irgendein Marktgut und muss zum Wohle *aller* gestärkt werden. Diese Stärkung ist auch wichtig wegen der vielen Tausend Menschen, die in diesen Unternehmungen täglich anspruchsvolle und für das Funktionieren unseres Landes zentrale Leistungen erbringen. Angesichts der aktuellen Entwicklungen stellt sich die Frage, ob die Diskussion um eine gesetzliche Service-public-Bestimmung nicht wieder offensiv aufgenommen werden müsste.

2. Forderungen der SP Schweiz an die Service-public-Unternehmen und an den Bundesrat

2.1 Generelle Forderungen an Post, SBB und Swisscom sowie an den Bundesrat

Service public-Unternehmen gehören in die öffentliche Hand: Wegen ihrer grossen Bedeutung für die Wohlfahrt zählen Infrastrukturen und Angebote des Service public zu den öffentlichen Aufgaben, die demokratisch gestaltet und kontrolliert werden müssen. Die Unternehmen des Service public müssen weiterhin mindestens mehrheitlich in öffentlicher Hand bleiben (Post/SBB 100%, Swisscom 51%). Liberalisierungen oder gar Privatisierungen werden wir entschieden bekämpfen. Nur mit einer politischen Kontrolle können die Qualität von Infrastrukturen und Dienstleistungen und damit gute Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung sichergestellt werden.

Dienstleistungen für KMU und Bevölkerung: In ländlichen Regionen ebenso wie in urbanen Räumen ist ein zuverlässiger und flächendeckender Service public mit guten, langfristig gesicherten Dienstleistungen Voraussetzung für die Aufrechterhaltung von dezentralen Arbeitsplätzen, gerade auch für KMU. Darum ist der Service public auch mit der Raumplanung abzustimmen. Es braucht auch flächendeckende und ausreichende Investitionen in moderne Infrastrukturen und Angebote (u.a. Glasfaser). Die Interessen internationaler Konzerne (beispielsweise Amazon) oder einzelner Grosskunden dürfen nicht Angebote und Dienstleistungen diktieren.

Keine Gewinne aus subventionierten Bereichen, keine Renditepflicht in der Grundversorgung: Es braucht eine Anpassung der strategischen Ziele, die den Erwartungen an eine flächendeckende, allen zugängliche, qualitativ hochwertige Grundversorgung zu angemessenen Preisen gerecht wird. Unternehmenswertsteigerungen oder branchenübliche Rendite von Bereichen zu verlangen, die auf Basis des Grundversorgungsauftrags eine Kostenunterdeckung aufweisen, ist kontraproduktiv. Die Art der Querfinanzierung nicht kostendeckender Dienstleistungen muss definiert werden.

Verwaltungsräte, Konzernleitungen und Revisionsstellen im Dienst des Service public: Bei Stellenbesetzungen in Verwaltungsräten und Konzernleitungen muss der Service public-Gedanke im Zentrum stehen und nicht die Gewinnmaximierung. Es muss eine Führungskultur etabliert werden, die sich dem Service public verpflichtet fühlt. Dabei ist auch auf eine gleichberechtigte Vertretung der Geschlechter sowie eine angemessene Repräsentanz der verschiedenen Sprachregionen zu achten. Bei der Wahl des Verwaltungsrats kommt dem Bundesrat direkte Verantwortung zu. Auch der Wahl der Revisionsstelle muss höchste Beachtung geschenkt werden. Es braucht eine Neuordnung, die die Abgrenzung zwischen den einzelnen Kontrollstellen (intern/extern), die Schnittstellen und Verantwortlichkeiten klärt und die verhindert, dass beispielsweise interne oder externe Revisionsstellen Berateraufträge erhalten.

Plafonierung der Löhne im Kader, Abschaffung von Boni: Alle Vergütungen von Bundes- oder bundesnahen Unternehmungen an Mitglieder von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung müssen angemessen sein. Die SP-Fraktion hat mehrfach entsprechende Forderungen gestellt und war damit auch erfolgreich (Pa. Iv. 16.438). Der höchste Lohn darf das Bruttogehalt einer Bundesrätin oder eines Bundesrats (450'000 Franken) nicht übersteigen. Unerwünschte Anreizsysteme mit ergebnisabhängigen Lohnbestandteilen sind zu beseitigen.

Das Personal verdient mehr Wertschätzung: Die Angestellten sind das Herz der Unternehmung. Nur motiviertes Personal, dem man Vertrauen entgegenbringt, kann Spitzenleistungen erbringen. Es soll eine Unternehmenskultur etabliert werden, die die Angestellten primär als Menschen sieht und nicht als Masse, auf deren Rücken Effizienzsteigerungen vorgenommen werden. Arbeitnehmende, die in Firmen, an denen ein staatsnaher Betrieb massgeblich beteiligt ist, in ausgelagerten Unternehmen oder deren Unternehmenseinheiten sowie Subunternehmen tätig sind, müssen ebenfalls dem jeweiligen GAV unterstellt werden.

Digitalisierung zusammen mit dem Personal: Zu einer umfassenden Digitalisierungsstrategie gehört der Einbezug der Belegschaft. Diese muss sich weiterbilden können, um im Digitalisierungsprozess bestehen zu können. Dafür braucht es genügend Mittel sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern.

Keine weiteren Auslagerungen oder Abspaltungen: Service-public-Unternehmen müssen eine sozialverantwortliche Politik verfolgen. Auf Auslagerungen und Abspaltungen soll verzichtet werden. Auslagerungen ins Ausland sind grundsätzlich auszuschliessen. Sie führen zu schlechteren Arbeitsbedingungen und zu Abbau bei Angebot und Qualität.

2.2 Spezifische Forderungen an die Post sowie an den Bundesrat

Moratorium für Poststellenschliessungen: Bei Poststellenschliessungen werden Personal, Bevölkerung und Gemeinden oft vor vollendete Tatsachen gestellt. Es braucht ein Moratorium, bis eine konzeptionelle Netzplanung vorliegt und eine politische Debatte geführt wurde, die Transparenz über die Gestaltung des Netzes herstellt und die sicherstellt, dass eine flächendeckende, umfassende und bedarfsgerechte Versorgung garantiert ist, auch mit Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs.

Aufwertung von Postagenturen: Agenturen sollen alle logistischen Produkte der Post wie beispielsweise Massensendungen anbieten. Die Betreiber sind mindestens kostendeckend zu entschädigen. Aus- und Weiterbildung sowie Arbeitsbedingungen sind gemäss GAV auszugestalten.

Medienkonferenz «Für einen starken Service public zum Wohle aller»

Transparente Unternehmensstruktur: Die verschachtelten Holdingstrukturen und ausgelagerten Einheiten sollen wieder in einer transparenten und übersichtlichen Organisation zusammengeführt werden, die die demokratische Kontrolle ermöglicht. Geldflüsse müssen nachvollziehbar sein.

Postfinance als Garantin des Zahlungsverkehrs: Der Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr soll weiterhin garantiert sein, gerade auch für Krisenzeiten. Postfinance soll als 100%ige Posttochter auf limitierter Basis Hypothekengeschäfte anbieten können mit dem Ziel der KMU-Förderung und der Schaffung von günstigen Finanzierungsbedingungen für die Kundinnen und Kunden. Die Gewinnerosion bei PostFinance muss aufgefangen werden. Es braucht den gezielten Aufbau neuer Geschäftsfelder und Anpassungen an das veränderte Verhalten der Kundinnen und Kunden.

2.3 Spezifische Forderungen an die SBB sowie an den Bundesrat

Keine weiteren Effizienzmassnahmen auf Kosten des Personals: Programme wie Railfit gefährden Arbeitsbedingungen und Service public. Es braucht strategische Vorgaben, auf denen sich der Service public punkto Qualität, Sicherheit und Service weiterentwickeln kann.

Keine voreiligen Weichenstellungen bei SBB Cargo: Auch der Güterverkehr ist als Teil des Service public zu verstehen. Es braucht eine Strategie, die eine langfristige Weiterentwicklung ermöglicht. Auf den Abbau von Stellen und die Aufhebung von Bedienpunkten ist zu verzichten.

Keine Liberalisierung an der Politik vorbei: Der Bundesrat will die Liberalisierung grenzüberschreitender Verkehre prüfen. Aufgrund der Auswirkungen auf Knoten- und Taktsystem, Trassen, Tarife, Löhne und Sozialvorgaben muss das Parlament hier mitentscheiden können. Eine Verkehrspolitik, die Löhne und Angebot unter Druck bringt, lehnen wir ab.

Immobilienverkäufe zum Wohl der Allgemeinheit: Die Immobilienstrategie soll unter anderem die Förderung des Wohnungsbaus mit tragbaren Mietzinsen für Menschen mit unteren und mittleren Einkommen ermöglichen. Wohn- und Gewerberäume sind nicht als Renditeobjekt zu verstehen. Das irreversible Verschmerzen von Vermögenswerten muss verhindert werden. Kantone und Gemeinden sollen ein Vorkaufsrecht haben.

2.4 Spezifische Forderungen an die Swisscom sowie an den Bundesrat

Keine Renditestrategie mehr auf Kosten des Personals: Swisscom spart massiv, Stellen werden trotz hoher Gewinne gestrichen. Das Renditedenken erhöht den Druck auf Kosten der Mitarbeitenden und der Qualität. Swisscom und der Bundesrat als Mehrheitsaktionär stehen in der Pflicht, auf überzogene Gewinnerwartungen zu verzichten.

Anpassung der Eignerstrategie: Die Strategie muss so angepasst werden, dass nicht Gewinnmaximierung und überzogene Wertsteigerungen im Zentrum stehen. Vielmehr muss der Service public sowohl bei den Arbeitsbedingungen als auch bei der Grundversorgung und dem Ausbau der Infrastruktur gestärkt werden.

Flächendeckende Investitionen in qualitativ gute Infrastrukturen: Die Swisscom muss sicherstellen, dass sie in eine bedarfsgerechte und hochbreitbandige Infrastruktur investiert und alle Regionen des Landes gleichermassen flächendeckend versorgt, auch dann, wenn keine lokalen Partner zur Verfügung stehen.

3. Anhang: Hängige bzw. angenommene Vorstösse der SP im Bereich Service public

16.438 Parlamentarische Initiative «Angemessene Bezüge und Stopp der Lohnexzesse bei den Bundes- und bundesnahen Unternehmen»

18.3328 Motion «Einbezug des Parlamentes in Liberalisierungsentscheide gemäss Personenbeförderungsgesetz»

18.3113 Motion «Grundversorgung in den strategischen Zielen der Unternehmen, bei denen der Bund Hauptaktionär ist»

18.3052 Motion «SBB Cargo. Denkpause und keine Missachtung der Eigenerauflagen durch die SBB und SBB Cargo»

17.4010 Motion «Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung trennen»

17.3778 Motion «Transparenz bei Eigentumsverhältnissen von Medienunternehmen»

17.3167 Motion «Schliessungen von Poststellen. Moratorium»

14.4091 Motion «Die Post. Postsendungen sollen allen zugestellt werden!»

Medienkonferenz «Für einen starken Service public zum Wohle aller»

16.3933 Postulat «Die Zukunft des Postnetzes geht uns alle an!»

18.3661 Interpellation «Fernverkehrskonzessionen. Kostspielige Übung mit Kollateralschäden?»

18.3584 Interpellation «Vergabe der Fernverkehrskonzession unter Konkurrenz»

18.3343 Interpellation «Postauto Schweiz AG und Schweizerische Post AG. Governance, Führung und Aufsicht»

18.3044 Interpellation «Partnerschaft zwischen der Post und Amazon»

17.3870 Interpellation «Ausbau des Mobilfunknetzes»

17.3643 Interpellation «Geschäftsleitungen bundesnaher Unternehmen. Wo bleiben die französisch- und italienischsprachigen Personen? Und wo bleiben die Frauen?»

17.3321 Interpellation «Immobilienpolitik der SBB. Verschönerung von historischer Bausubstanz?»



Regagner la confiance

Referat von Géraldine Savary, Ständerätin VD und Vizepräsidentin SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Partout en Europe, le service public a été libéralisé, privatisé, démantelé. Les années nonante ont consacré l'idée de prestations publiques qui devaient se soumettre à la concurrence et au marché. En Suisse, ces tentatives (privatisations de Swisscom, des CFF, du marché électrique) ont avorté. Le référendum, réussi, contre la privatisation du secteur électrique, en 2006, a stoppé les velléités de céder nos régies fédérales aux lois du marché et de les ouvrir au capital privé.

La population tient à des prestations de qualité, pour toutes les régions du pays. Comme elle considère que c'est l'ADN de la Suisse d'assurer la sécurité des prestations publiques. Pour le dire simplement : la croissance de la Suisse, le dynamisme de son économie, le bien-être de sa population dépendent en grande partie du fait que les trains couvrent tout le territoire, que les horaires sont harmonisés, que le courrier et les colis sont distribués aux bonnes heures, que tout le monde est partout connecté, et correctement informé.

Mais si la Suisse a renoncé à ouvrir ses services publics au marché, en raison de l'opposition de la population aux privatisations et aux libéralisations, une approche de rendement à tout prix s'est installée de manière insidieuse au sein des régies fédérales, sous l'impulsion du Conseil fédéral et de la majorité de droite du parlement. Une forme de privatisation silencieuse, par voie d'ordonnances et d'objectifs stratégiques, hors du débat démocratique, s'est développée à l'intérieur du service public. Ainsi, par exemple, la nouvelle concession pour le trafic grandes lignes a été modifiée par l'Office fédéral des transports sans discussion ni décision politique.

L'affaire de CarPostal n'est que la révélation d'une culture, au sein du service public, du rendement à tout prix et du chiffre plutôt que de la prestation à fournir.

Il est urgent de changer cette culture d'entreprise. De remettre au centre des objectifs des régies fédérales :

- La prestation aux usagers
- Des prix accessibles
- La couverture du territoire
- La sécurité des prestations

Medienkonferenz «Für einen starken Service public zum Wohle aller»

- Des conditions de travail exemplaires (respect du partenariat social, égalité des salaires hommes-femmes et promotion de carrières féminines, apprentissages, diminution des contrats à durée déterminée)
- Une digitalisation de l'entreprise qui passe par la formation continue plutôt que par les licenciements

Pour atteindre ces objectifs, pour regagner la confiance de la population aujourd'hui écornée, le monde politique doit reprendre la main et développer un système de gouvernance qui respecte l'autonomie des régions fédérales, mais promeut une culture d'entreprise au service de la population.

Cela signifie :

- Une approche globale de l'entreprise plutôt que sectorielle
- Des contrats d'objectifs avec les régions fédérales qui valorisent la qualité de la prestation aux usagers, le respect du partenariat social et de l'égalité hommes-femmes plutôt que des objectifs de rendement.
- Des profils de cadres et de responsables qui mettent en valeur les expériences dans les entreprises de service public
- Un plafonnement des rémunérations et des bonis de la direction et des cadres
- Un contrôle plus systématique et régulier de l'administration fédérale sur les entreprises de service public
- Un contrôle plus systématique et régulier concernant les éventuels conflits d'intérêts des membres des conseils d'administration des entreprises de service public
- Un dialogue annuel entre l'administration fédérale et les organisations de consommatrices et de consommateurs.



Zur Beschäftigung und den Arbeitsbedingungen

Referat von Philipp Hadorn, Nationalrat SO

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Willensnation Schweiz ist ein Land der Regionen. Der **Service public ist ein Eckpfeiler** für den Zusammenhalt und die Entwicklung der Menschen in der Schweiz. Für die SP steht **der Mensch im Mittelpunkt**. Arbeit zur Erbringung dieser Leistungen ist für Einzelpersonen, deren Angehörige, ganze Dörfer und Regionen entscheidend. Nebst dem «Entwicklungsmotor» Infrastruktur sind Arbeitsplätze mit anständigen Arbeitsbedingungen auch für die (Rand-)Regionen entscheidend.

Sichere Arbeitsplätze und faire Arbeitsbedingungen sind Grundlage für ein Leben in Würde, erfüllende Tätigkeit und Entwicklung, Absicherung in «Zäsuren des Lebens» und im Alter, sowie Vereinbarkeit von Familie/Sozialleben und Beruf. Eine demokratische Mitwirkung der Beschäftigten in öffentlichen Betrieben ist zwingend, bedeutet diese doch Mehrwert für den Betrieb, die Leistungsempfänger und dient der Motivation der Leistungserbringer.

Die SP verurteilt das anhaltende «Staatsbashing». Mehr Leistungen beim Staat und bei staatsnahen Betrieben zu bestellen, die Bezahlung der Kosten zu verweigern und auf dem Buckel des Personals ständig zu sparen sind «no go's».

Unsere Forderungen an staatliche und staatsnahe Arbeitsplätze sind einfach und klar:

Löhne: Spitzenlöhne müssen begrenzt werden, mittlere gesichert, tiefe angehoben werden.

Arbeitsplatzsicherheit: Wer Leistungssicherheit erwartet, muss auch Arbeitsplatzsicherheit gewährleisten.

Digitale Zukunft: Der öffentliche Sektor soll mit den Angestellten die Digitalisierung gestalten und notwendige Investitionen in Bildung und Hilfsmittel leisten.

Out-/Insourcing: «Inhouse-Produktion» ist oft Grundpfeiler für Erfolg, Qualität und Unabhängigkeit. Internalisierung von Leistungen bzw. Insourcing muss den Auslagerungen entgegengesetzt werden – zur nachhaltigen Ressourcenschonung.

Working Standards: Nicht nur die Postautoaffäre, auch die Veränderungen der Verkehrsunternehmen und die Ausrichtung der Ruag belegen den gelebten Druck auf die Arbeitsbedingungen. Stellen wir uns vor, wie verschiedene «Unternehmenseinheiten» gegeneinander intern Konkurrenzangebote erstellen. «Working Standards», die Arbeitsbedingungen, müssen jeweils für alle Beschäftigten kollektiv zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt werden und gleichwertig sein.

Medienkonferenz «Für einen starken Service public zum Wohle aller»

Qualität hat einen Preis: Öffentliche Leistungen sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für unseren Wohlstand. Staatliche Leistungen garantieren in unserem Land ein ausgezeichnetes Preis-/Leistungsverhältnis.

Angestellte verdienen Wertschätzung: Mitarbeitende bei der öffentlichen Hand und staatsnahen Betrieben arbeiten kompetent, engagiert, ohne individuelle Gewinnbeteiligung und vordergründigen Eigennutz, aber für die Gesellschaft. Der Druck auf die Arbeitsbedingungen muss zwingend einer Wertschätzung weichen, welche die Fairness der Mitarbeitenden honoriert.

Anständige Arbeitsbedingungen sind die Grundlage, damit wir auch morgen Demokratie, Wohlstand, Gerechtigkeit in Frieden gemeinsam leben können. Gleichzeitig gilt es, sorgfältig unsere Verantwortung für Mensch und Umwelt wahrzunehmen.



Mehr demokratische Mitsprache – mit einem politischen Aufsichtsgremium

Referat von Thomas Hardegger, Nationalrat ZH

Es gilt das gesprochene Wort.

Privatwirtschaftliche Prinzipien imitieren zu wollen, funktioniert bei der Grundversorgung nicht!

Das Grundproblem bei allen unternehmerischen Entgleisungen liegt bei der Idee, man müsse privatwirtschaftliche Unternehmensprinzipien einführen: Bei Betrieben, die unter der Kontrolle des Bundes sind – und die den Einwohnerinnen und Einwohnern gehören. Die Grundversorgung dem Markt übergeben zu wollen, ist ein Widerspruch in sich. Grundversorgungsprinzipien lassen sich nicht überall zu sozialverträglichen Kosten erbringen – vergl. Poststellen, öffentlicher Verkehr, insbesondere in Randregionen. Wenn dazu noch begrenzte Ressourcen genutzt werden können, wie Wasser, Boden, Funkfrequenzen u.ä., erbringen die Service-public-Unternehmen ihre Dienstleistungen gerade dank staatlich gewährter Konzessionen.

Dort wo sich Gewinne erzielen lassen, haben soziale Verantwortung und die Interessen der breiten Bevölkerung sowie der KMU im Zentrum der unternehmerischen Tätigkeit zu liegen. So glaubt etwa die SBB mit ihren Immobilien so hohe Renditen erzielen zu müssen, wie sie der Markt ermöglicht. Renditen, die auch über die Grenzen hinausgehen, die vom Bundesgericht als angemessen bezeichnet werden, nur weil mit dem knappen Gut Boden solch überrissene Gewinne erzielt werden können – zu Lasten der Mieterinnen und Mieter. Damit werden sie zudem zu Mitangehörigen der Immobilienspekulation.

Wenn Gewinnerwartungen in den strategischen Zielen formuliert werden, die zu sozial unverträglichen Preisen führen oder den Bezug der Leistung einschränken, missachten das Management, aber auch der Bundesrat, die Erwartungen ihrer wirklichen Eigner – der Bevölkerung.

Managements der «Bundesunternehmen» auf Abwegen

Die sogenannten Verselbstständigungen haben dazu geführt, dass sich in den Betrieben immer wieder ähnliche Vorgänge finden lassen:

- Es werden Führungsstrukturen so angelegt, dass die Managements freie Hand haben bei Organisation und Unternehmensstrategie, die über die gesetzlich festgelegten und politisch gewollten Prämissen der Grundversorgung hinausgehen.
- Die Unternehmen werden in Teilbereiche aufgegliedert, Aufgaben ausgelagert, Subunternehmen verselbstständigt und Firmen für spezielle Aufgaben dazugekauft.

- Verwaltungsrat und Management werden so besetzt, dass die Vorgaben nach branchenüblichen Gewinnen und Unternehmenswertsteigerung gegenüber der Grundversorgung priorisiert werden.
- Wenn der Verwaltungsrat und das Management verpflichtet werden, sich am Markt zu orientieren, gleichen sich auch die Abzockermentalitäten bei den Bezügen der Privatwirtschaft an.
- Die Aufsplittung der Unternehmensbereiche führt zu zusätzlichen Kaderstufen. Zusammen mit variablen Lohnbestandteilen führt das zu kurzfristigem Gewinnstreben. Eine nachhaltige Unternehmensentwicklung und die Qualität der Dienstleistungen werden vernachlässigt.
- Mit der Zergliederung, die zu Intransparenz führt, kann die Kontrolle des Eigners bewusst erschwert werden. Erschwerend kommt ein kompliziertes Aufsichtsgefüge mit unklar abgegrenzten Pflichten und Doppelspurigkeiten dazu.
- Dies alles mit unserem Eigentum.

Worte genügen nicht – Taten müssen folgen

Der Bundesrat hat eine Untersuchung in Auftrag gegeben und einen Bericht für das erste Quartal 2019 angekündigt, die klären sollen, wie bundesnahe Betriebe zu führen und zu beaufsichtigen wären und welche Konsequenzen aus den Fehlleistungen der letzten Jahre und Monate zu ziehen sind.

Wir erwarten von den zukünftigen Entscheiden zu den «Bundesunternehmen»:

- Es ist eine politische und somit demokratisch legitimierte Kontrolle über die Erfüllung des Leistungsauftrages zu installieren.
- Strategische Ziele und Leistungsauftrag werden durch das Parlament bestimmt. Der Bundesrat muss seine Rolle als Eigner in den Bereichen, in denen er zuständig ist, aktiver zugunsten des Service public wahrnehmen.
- Für Bereiche, die für Grundversorgungsaufgaben bestimmt sind, werden Aufgabenbereich, Ziele sowie deren Art und Umfang der Finanzierung verbindlich festgelegt.
- Die Unternehmensstruktur ist politisch steuerbar und einfach kontrollierbar. Alle Unternehmensteile, Töchter und Beteiligungen, die durch den Bundesbetrieb bzw. die mehrheitlich in Bundesbesitz befindliche Unternehmung massgeblich kontrolliert werden, sind integriert.
- Politisch unabhängige Aufsichtsgremien für Revision und Wettbewerbsfragen werden gestrafft und deren Aufgaben klar gegeneinander abgegrenzt.
- Bezüge der höchsten Kader sind auf 450'000.- pro Jahr zu begrenzen, variable Lohnbestandteile sind abzuschaffen.



Quelles sont nos attentes par rapport aux entreprises de service public dont la Confédération est l'actionnaire principal ou exclusif ?

Referat von Jacques-André Maire, Nationalrat NE

Es gilt das gesprochene Wort.

Les effets négatifs de l'autonomisation de certaines entreprises fédérales de service public se font sentir dans les villes et agglomérations de notre pays et en particulier dans les régions périphériques ; pensons par exemple à la fermeture de nombreux petits bureaux de poste, à la limitation de la distribution du courrier ou encore à la fermeture de guichets de gares ! De telles fermetures ou diminutions de prestations s'expliquent bien sûr par l'exigence de rentabilité financière imposée aux nouvelles entreprises autonomisées, mais elles tendent à compliquer la situation de certaines PME, à marginaliser les individus et les collectivités les plus fragiles et à péjorer leurs conditions de vie, comme par ailleurs les conditions de travail des collaboratrices et des collaborateurs des entreprises concernées. Contrairement à une vision trop répandue chez les managers, la recherche du profit ne doit clairement pas être l'objectif prioritaire d'une entreprise de service public !

Les diminutions récentes de prestations provoquent un mécontentement grandissant de la population et les fraudes dans la gestion de CarPostal engendrent une véritable crise de confiance et des dégâts d'image considérables.

Il est impératif d'agir pour regagner la confiance des personnes et des entreprises de notre pays et pour renforcer un service public au bénéfice de tous les usagers, lequel doit rester motivant pour les milliers de collaboratrices et collaborateurs qui œuvrent chaque jour pour offrir des prestations de qualité !

Si les instruments de la nouvelle gestion publique ont permis de responsabiliser les principaux acteurs et les collaborateurs/trices, ils ont aussi fait évoluer leur mentalité en orientant les activités vers des prestations à fournir aux client-e-s que sont les bénéficiaires. On assiste ainsi à une évolution progressive des services publics vers des services à délivrer au public.

Mais, dans ce contexte, il est fondamental que les pouvoirs publics puissent garder le contrôle et la maîtrise des entreprises chargées d'accomplir des prestations de service public en particulier pour garantir que :

L'ensemble des habitantes et habitants conservent un accès aisé à des prestations de qualité dans toutes les régions, à un prix identique qui doit rester supportable même pour ceux qui ont un revenu modeste.

Cela signifie que les collectivités publiques doivent rester les actionnaires majoritaires, voire exclusifs, des sociétés autonomisées et qu'elles doivent pouvoir en assurer un véritable contrôle démocratique et politique. Elles doivent pouvoir influencer la conduite des activités au travers des objectifs stratégiques et de conditions imposées dans les contrats de prestations conclus avec les entreprises pour lesquelles la qualité des services à l'ensemble du public doit être la priorité absolue. Les activités déficitaires doivent pouvoir être subventionnées en conséquence ou financées par d'autres activités rentables de l'entreprise.

Un des principaux points qui reste problématique au niveau des entités autonomisées ou de leurs entreprises sous-traitantes est celui de la gestion des ressources humaines, que ce soit au niveau des conditions de travail des employé-e-s qui doivent être régies par des CTT ou au niveau de la rémunération des « top managers ». Celle-ci doit être clairement limitée, au maximum, au niveau du salaire d'un conseiller fédéral, bonus et primes compris (frs. 450 000.- par année). Face à une telle limitation, les entreprises concernées resteront attractives pour des dirigeants très compétents ayant le sens du service public, mais rebuteront celles et ceux pour lesquels l'appât du gain est la principale motivation !